

Sitzung des Zürcher Gemeinderats

## Eine umgebaute Fabrik für die Berufsschule II

Jene Tribünenbesucher, die in Erwartung eines bestimmten Reigens von Fraktionserklärungen zu den Krawatten das Rathaus aufgesucht haben, sind enttäuscht gekommen: Der Gemeinderat geht in dieser Sitzung gleich zur Tagesordnung über. Einer weiteren Gruppe auf der Tribüne, Studenten des Publizistischen Seminars, welche die Probleme des Lokaljournalismus kennenlernen wollten, wird dafür echter Rat gegeben: wird parlamentarische Durchschneidung annehmen eine unbestrittene Vorlage, parlamentarische Vorstösse vor allem der leistungswichtigen Punkte, die diskussionslos behandelt werden, gelegentlich auch ein Thema, das mehr die Altersaktivitäten — einer etwas eingehenderen Analyse wert wäre, wenn nur jemand Lust dazu hätte.

Mit dem ausdrücklichen Segen der verschiedenen Fraktionen beschliesst der Rat einen Kredit von 2,2 Mio. Fr. für einen Umbau der Liegenschaft *Reishaus* an der Dimmatstrasse, in welcher die Abteilung Montage und Ausbau der Berufsschule II untergebracht werden soll; die ehemalige Fabrik kommt den Bedürfnissen dieser Abteilung bestens entgegen. Die Vorlage muss den Stimmberechtigten unterbreitet werden in Erinnerung an den knappen Ausgang der Abstimmung über das Berufsschulhaus an der Engasse, für die verschiedene Votanten den Stadtrat auf die Weisung an die Stimmbürger besonders sorgfältig abzufassen und klar über die Funktion zu informieren, die den vielen Räumlichkeiten neben den 27 Unterrichtsräumen zukommt.

Eine wenig Neues erfährt der Interpellant, der sich nach der künftigen Nutzung jener Liegenschaften im Industriequartier erkundigt, die durch die Verlegung des Engrosmarktes frei

werden; eine Umfrage der Stadt bei den privaten Liegenschaftsbesitzern hat bisher wenig konkrete Angaben geliefert. Eine zweite Interpellation gilt vor allem der Richtigstellung von Behauptungen über den städtischen Personalbestand, die vor einiger Zeit im «Züri-Leu» erschienen sind: Stadtrat Koller stellt dazu fest, dass es ein falsches Bild ergibt, wenn nicht zwischen voll und teilweise Beschäftigten unterschieden wird; Zudem ist ein Vergleich mit anderen Gemeinden fragwürdig, weil Zürich Aufgaben (Verkehr, Spitäler, Schulen) für eine ganze Region erfüllt.

Mit etwas abgeändertem Text überweist der Rat eine Motion, welche die Umzonung eines Gebietes beim Bahnhof Giesshübel in die Wohnzone verlangt. Abgelehnt wird hingegen eine Motion, die eine Vorlage über die städtischen Altersaktivitäten an die Stimmberechtigten fordert; die Mehrheit des Rates folgt damit der Argumentation des Stadtrates, dass Artikel 75 der Gemeindeordnung die «Vorsorge und Hilfe für Betagte» ausdrücklich zur Aufgabe der Gemeinde erkläre und damit Aufwendungen für Altersaktivitäten als gebundene Ausgaben zu verstehen seien. Einen Vorstoss, der verlangt, dass der Verwendungszweck des ehemaligen Säuglingsheimes Florhof überprüft werde, kann der Postulant zurückziehen: Das Uebergangsheim, das er lieber in einem der schlecht belegten Jugendheime gesehen hätte, ist bereits eingerichtet worden. Weitere Postulate, die unbestritten überwiesen werden, betreffen die Neugestaltung der Lutherwiese, Massnahmen der Verkehrsbetriebe zur Förderung des Veloverkehrs, die Ausarbeitung eines Alternativkonzeptes zum Projekt eines Seniorenzentrums «Karl der Grosse» und ein vereinfachtes baupolizeiliches Verfahren für Gebäudeisolationen.

(Verhandlungsbericht auf Seite 51)

INFO-PARTNER



013576